

ERNST RUDOLF HUBER

**DEUTSCHE
VERFASSUNGSGESCHICHTE**

SEIT 1789

Band VII

*Ausbau, Schutz und Untergang
der Weimarer Republik*

VERLAG W. KOHLHAMMER
STUTTGART BERLIN KÖLN MAINZ

INHALTSVERZEICHNIS

Überleitung

Institutionelle Ordnung und Staatskrisen der Weimarer Zeit

A. Ausbau und Schutz der Reichsverfassung 1919-1923

Kapitel I. Die Weimarer Koalition 1919/1920

§ 1. <i>Das Reichskabinett Bauer.</i>	9
I. Basis und Programm des Kabinetts Bauer.	9
1. Die Änderungen in der Regierungskoalition.	9
2. Die Hauptaufgaben des Reichskabinetts.	11
II. Die Gesetzgebungsarbeit des Kabinetts Bauer.	12
1. Die Finanzgesetzgebung.	12
2. Die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung.	13
3. Die Wehrgesetzgebung.	15
4. Die Verfassungsgesetzgebung.	15
§ 2. <i>Deutschlands Lage unter dem Friedensvertrag.</i>	16
I. Das Inkrafttreten des Versailler Vertrags.	17
1. Die Ratifikation des Friedensvertrags (10. Januar 1920).	17
2. Der Wiedereintritt Deutschlands in die Völkergemeinschaft.	18
II. Die Hauptfragen des Friedensvollzugs.	19
1. Revisionspolitik oder Erfüllungspolitik?.....	19
2. Der Vollzug der Gebietsbestimmungen des Friedensvertrags.	20
3. Das Abrüstungs- und das Reparationsproblem.	20
III. Der Streit um die Auslieferungs-Artikel.	22
1. Die friedensvertragliche Auslieferungspflicht und das verfassungs- rechtliche Auslieferungsverbot.	22
2. Das Auslieferungsverlangen der Alliierten.	23

Inhaltsverzeichnis

3. Der Kompromiß über die Verweisung der Kriegsvergehen an das Reichsgericht	24
4. Die Leipziger Kriegsvergehens-Prozesse	25
IV. Der Streit um die Räumung des Baltikums	27
1. Die baltische Frage 1918/19 und die deutschen Baltikum-Truppen ..	27
2. Das Räumungsverlangen der Alliierten	29
3. Der Widerstand der Baltikum-Truppen gegen den Räumungsbefehl.	30
4. Der Vollzug der Räumung des Baltikums	31
§3. <i>Die Verböten der Märzkrise von 1920.</i>	32
I. Die nationale Gegenbewegung gegen das Weimarer System	33
II. Der Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Ursachen des deutschen Zusammenbruchs.	34
1. Untersuchungsausschuß und Staatsgerichtshof.	34
2. Die ersten Verhandlungen vor dem Untersuchungsausschuß	36
3. Hindenburg und Ludendorff vor dem Untersuchungsausschuß	37
III. Die Auflehnung gegen die Verzögerung der Wahlen	38
1. Neuwahlen oder Verlängerung der Mandate der Nationalversammlung und des Reichspräsidenten?.	38
2. Das Scheitern der Beschleunigungsanträge der Opposition.	39
IV. Der Prozeß Erzberger-Helfferich und der Sturz des Reichsfinanzministers.	40
V. Die Aktionen der radikalen Linken gegen die Reichsregierung und die Nationalversammlung	41
1. Der Eisenbahnerstreik im Ruhrgebiet (Januar 1920).	41
2. Die gewaltsame Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz.	42
§ 4. <i>Der Kapp-Lüttwitz-Putsch.</i>	44
I. Die Vorbereitung des Staatsstreichs der Rechtsradikalen	45
1. Die nationale Rechte und die Planung des Umsturzes.	45
2. Die politische Führungsgruppe der Umsturzbewegung	46
3. Die militärische Führungsgruppe der Umsturzbewegung.	48
II. Der Staatsstreich-Versuch vom 13. März 1920.	50
1. Der Bruch zwischen Lüttwitz und der Reichsregierung.	50
2. Der Einmarsch der Zweiten Marinebrigade in Berlin.	52
3. Die Beratung im Reichswehrministerium und die angebliche Parole: „Truppe schießt nicht auf Truppe!“	54
4. Die „Flucht“ des Reichskabinetts aus der Reichshauptstadt	56
III. Die Gegenregierung Kapp-Lüttwitz	59
1. Die Amts-Usurpation durch das Staatsstreich-Regime.	59
2. Reichswehrführung, Reichsbehörden und Landesbehörden im Verhältnis zur Reichsregierung und zur Gegenregierung.....	60

Inhaltsverzeichnis

IV.	Die Haltung der nachgeordneten Zivil- und Militärbehörden	63
1.	Treupflicht und Gehorsamspflicht im Staatsstreich-Fall	63
2.	Die preußischen Provinzen und die nord- und mitteldeutschen Länder im Kapp-Lüttwitz-Putsch	65
3.	Die süddeutschen Länder und der Kapp-Lüttwitz-Putsch	68
§ 5.	<i>Das Scheitern des Staatsstreichs.</i>	69
I.	Die Maßnahmen der Reichsregierung gegen den Umsturzversuch	69
1.	Die Aufrufe an die Nation und an die Reichswehr	69
2.	Der Aufruf zum Generalstreik	71
II.	Die Gewerkschaften und der Generalstreik	75
1.	Der Vollzug des Generalstreiks	75
2.	Ziele und Ausmaß der Streikbewegung	77
III.	Die bürgerlichen Parteien in der Märzkrise	79
1.	Die bürgerliche Rechte	79
2.	Die bürgerlichen Regierungsparteien	80
IV.	Der Gegenangriff der radikalen Linken	81
1.	Der linksradikale Widerstand gegen das Kapp-Lüttwitz-Regime ..	81
2.	Vom Generalstreik gegen Kapp-Lüttwitz zum linksradikalen Auf- stand gegen die Reichsregierung	82
V.	Die Bemühungen um die Beilegung der Märzkrise	82
1.	Der Vermittlungsversuch des Wehrkreisbefehlshabers Maercker. . .	82
2.	Das Reichskabinett und der Streit um die Kapitulationsbedingungen .	85
3.	Die Vermittlungsaktion des Vizekanzlers Schiffer	86
VI.	Der Zusammenbruch des Kapp-Lüttwitz-Regimes	88
1.	Der Rücktritt des „Gegenkanzlers“ Kapp	88
2.	Der Rücktritt des „Oberbefehlshabers“ Lüttwitz	90
VII.	Das Ende des Generalstreiks	93
1.	Das Reichskabinett und die Nationalversammlung in Stuttgart	93
2.	Die Sicherungsmaßnahmen des Reichskabinetts nach dem Kapp- Lüttwitz-Putsch	95
3.	Das Neun-Punkte-Programm der Gewerkschaften	96
4.	Das März-Protokoll der Regierungsparteien und der Gewerk- schaften über die Aufhebung des Generalstreiks	98
§ 6.	<i>Die Aufstände der Linksradikalen im Ruhrgebiet und in Thüringen</i>	100
I.	Der März-Aufstand an der Ruhr	101
1.	Die Lage im rheinisch-westfälischen Industriegebiet	101
2.	Die Rätediktatur an Rhein und Ruhr	102
3.	Die politischen Organe der Ruhrgebiets-Diktatur: Aktionsausschüsse, Vollzugsräte und Zentralrat	103
4.	Die „Rote Armee“ an Rhein und Ruhr	104
5.	Die Abwehrkämpfe der Reichswehr	105

Inhaltsverzeichnis

II. Die Bemühungen um die Beilegung des Ruhrkonflikts107
1. Der Beschluß des Reichskabinetts vom 21. März 1920.107
2. Das Bielefelder Abkommen vom 24. März 1920.108
III. Das Ende des Ruhraufstands.110
1. Das Ultimatum des Reichskabinetts vom 28. März 1920.110
2. Der „Frieden von Münster“ vom 31. März 1920.111
3. Die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit im Aufstandsgebiet112
IV. Das Eingreifen Frankreichs in den Ruhrkonflikt115
1. Der französische Protest gegen den Einsatz deutscher Truppen in der „neutralen Zone“.115
2. Die „Pfandbesetzung“ deutscher Städte durch Frankreich.116
3. Die Räumung der neutralen Zone durch die deutschen Truppen und das Ende der „Pfandbesetzung“ im Maingebiet.117
V. Die Auflehnung der Linksradiكالen in Thüringen.118
1. Die thüringischen Staaten während des Kapp - Lüttwitz-Putschs... .	.118
2. Die Reichsexekution in Thüringen.119
3. Die Reichsexekution in Sachsen-Gotha.121
§ 7. <i>Der Sturz des Reichskabinetts Bauer und das Erste Reichskabinett Müller.</i>122
I. Der Regierungswechsel im Reich und in Preußen nach dem Kapp- Lüttwitz-Putsch122
1. Die Krise der Regierungsumbildung.122
2. Die Zusammensetzung der neuen Berliner Kabinette.123
II. Die Liquidation des Kapp-Lüttwitz-Putschs.126
1. Die straf gerichtliche Verfolgung der Führer des Putschs.126
2. Die „Republikanisierung“ der Reichswehr.128
3. Die „Republikanisierung“ der Verwaltung.130
III. Der Friedensvertrag und die Auflösung der Freiwilligenverbände131
1. Die Auflösung der Freikorps.132
2. Die Auflösung der Zeitfreiwilligenverbände und der Einwohner- wehren.133
IV. Der Vollzug der Entwaffnungs- und der Reparationsklauseln des Friedensvertrags.136
1. Das Ringen um die deutsche Heeresstärke.136
2. Der Anfang des Kampfs um die Reparationen.137
V. Die Ausgestaltung der Reichsverfassung im April-Mai 1920.138
1. Die Gesetzgebungsarbeit der Nationalversammlung im letzten Monat ihres Bestehens.138
2. Die parlamentarischen Mißerfolge des Ersten Reichskabinetts Müller vor dem Ende der Nationalversammlung.139

Inhaltsverzeichnis

Kapitel II. Das Ringen um den Friedens Vollzug: Widerstandspolitik oder Erfüllungspolitik?

§ 8. <i>Das Reichskabinett Fehrenbach und die Konferenz von Spa</i>	141
I. Die Wahlen zum Ersten Reichstag der Republik	142
1. Die Juni wahlen von 1920	142
2. Die Teilnachwahlen von 1921 und 1922.	143
II. Der Regierungswechsel	144
1. Der Übergang von der Weimarer Koalition zur Koalition der Mitte	144
2. Das Reichskabinett Fehrenbach	145
3. Das Programm des neuen Reichskabinetts.	148
III. Die Konferenz von Spa	148
1. Das Ringen um den Vollzug des Friedensvertrags und der deutsche Verfassungszustand	148
2. Die Hauptaufgaben der Konferenz von Spa	149
3. Das Entwaffnungs-Abkommen von Spa	151
4. Das Kohlen-Abkommen von Spa	152
5. Die Reparationsfrage auf der Konferenz von Spa	154
6. Der Reichstag und die Ergebnisse der Konferenz von Spa	155
IV. Der Vollzug des Abkommens von Spa	156
1. Wehrpolitische Vollzugsmaßnahmen	156
2. Die Entwaffnung der Zivilbevölkerung	157
3. Der Streit um Einwohnerwehren und Sicherheitspolizei	158
§ 9. <i>Die innere Lage im ersten Halbjahr des Reichskabinetts der Mitte...</i>	159
I. Die Maßnahmen zur Fortbildung und Festigung der Reichsverfassung	159
1. Der Reichsnotetat 1920/1921.	159
2. Die Ermächtigungsgesetze vom 3. August 1920 und vom 6. Februar 1921.	160
3. Das Amnestiegesetz vom 4. August 1920.	161
4. Der Ausnahmezustand im zweiten Halbjahr 1920.	162
II. Die Sozialisierungsfrage unter dem Reichskabinett der Mitte.	164
1. Die neuen Erwägungen über die Sozialisierung des Bergbaus.	164
2. Der Bericht der Sozialisierungskommission vom 31. Juli 1920	165
3. Die Sozialisierungsfrage vor dem „Verständigungsausschuß“.	166
4. Die drohende Haftung einer sozialisierten Kohlenwirtschaft für die deutsche Reparationsschuld.	168
§ 10. <i>Von der Londoner Konferenz bis zum Sturz des Reichskabinetts Fehrenbach.</i>	169
I. Die Londoner Reparationskonferenz	169
1. Die Pariser Beschlüsse zur Vorbereitung der Londoner Konferenz	169
2. Der Verlauf der Londoner Konferenz.....	171
3. Der Reichstag und die Londoner Konferenz	173

Inhaltsverzeichnis

II.	Die deutsche Wehrpolitik unter dem Druck der Alliierten.175
1.	Die Auflösung der deutschen Selbstschutzverbände.175
2.	Die Fortdauer des Streits um die bayerischen Einwohnerwehren175
3.	Die Verabschiedung des Wehrgesetzes.178
III.	Die kommunistischen Aufstände des Frühjahrs 1921.178
1.	Die „Revolutionäre Offensive“ der KPD.178
2.	Der mitteldeutsche Aufstand.179
3.	Der Hamburger Aufstand.182
4.	Der zweite Aufstand im Ruhrgebiet.182
5.	Die Nachwirkungen der kommunistischen „Märzaktion“.183
IV.	Die Abstimmung in Oberschlesien und der polnische Auf stand.....	.185
1.	Die Lage Oberschlesiens unter dem Friedensvertrag.185
2.	Die Volksabstimmung in Oberschlesien (20. März 1921).185
3.	Der dritte polnische Aufstand.186
V.	Das Londoner Ultimatum.187
1.	Die Reparationsfrage nach der Londoner Konferenz.187
2.	Das deutsche Bemühen um die amerikanische Vermittlung.188
3.	Die Entscheidung der Reparationskommission über die Höhe der deutschen Reparationsschuld.189
VI.	Das Ende des Reichskabinetts der Mitte.190
1.	Der Reichstag und das Reichskabinett Fehrenbach im Reparationskonflikt.190
2.	Die amerikanische Antwort, das Londoner Ultimatum und der Rücktritt des Reichskabinetts Fehrenbach.191

Kapitel III. Die Minderheitskabinette der Weimarer Koalition (1921/1922)

<i>§11. Die Anfänge des Ersten Reichskabinetts Wirth.</i>193
I. Die Rückkehr zur Weimarer Koalition.193
1. Die parlamentarische Grundlage des Ersten Reichskabinetts Wirth	.193
2. Die Zusammensetzung des Ersten Reichskabinetts Wirth.194
II. Die Entscheidung für die vorbehaltlose Erfüllungspolitik.196
1. Die Kabinetts- und die Parlamentsbeschlüsse über die Unterwerfung unter das Londoner Ultimatum.196
2. Reparationsleistungen und Garantiemaßnahmen.198
3. Der Vollzug der Entwaffnungsvorschriften.199
4. Die Auflösung der bayerischen und der ostpreußischen Selbstschutzverbände.200
5. Die alliierte Kritik an den deutschen Verfahren über Kriegsvergehen.202

Inhaltsverzeichnis

III.	Die Vorentscheidung der oberschlesischen Frage	203
1.	Das Eingreifen der Alliierten gegen den deutschen Selbstschutz in Oberschlesien	203
2.	Die deutschen Maßnahmen gegen das „Wiederaufleben des Freikorpswesens“ in Oberschlesien	204
3.	Die Räumung der oberschlesischen Kampfgebiete durch die deutschen und die polnischen Verbände und die Überweisung der oberschlesischen Frage an den Völkerbundsrat	206
§ 12.	<i>Der Erzberger-Mord und die Maßnahmen zum Schütze der Republik</i>	206
I.	Die Sommerkrise 1921.	207
1.	Das Wiederaufflammen des deutschen Rechtsradikalismus.	207
2.	Das Erzberger-Attentat vom 26. August 1921.	208
3.	Die Erste Verordnung zum Schütze der Republik	209
II.	Der erste Konflikt Bayern-Reich	210
1.	Der bayerische Einspruch gegen die Verordnung vom 29. August 1921.	210
2.	Die KompromißVerhandlungen zwischen Bayern und dem Reich	211
3.	Die Beilegung des Konflikts durch das Berliner Protokoll	213
4.	Die Zweite Verordnung zum Schütze der Republik	214
§ 13.	<i>Vom Ersten zum Zweiten Reichskabinett Wirth.</i>	215
I.	Die auswärtige Lage Deutschlands im Herbst 1921.	215
1.	Der Abschluß des deutsch-amerikanischen Friedensvertrags.	215
2.	Das Wiesbadener Abkommen zwischen Rathenau und Loucheur	216
II.	Die Entscheidung über Oberschlesien und der Rücktritt des Ersten Reichskabinetts Wirth	218
1.	Die Empfehlung des Völkerbundsrats und die Entscheidung der Botschafterkonferenz	218
2.	Die Hinnahme des Oberschlesien-Spruchs durch das Reichskabinett und dessen Demission.	219
III.	Die Regierungsumbildung des Oktober 1921.	221
IV.	Innere Streitfragen im ersten Halbjahr des Zweiten Reichskabinetts Wirth	223
1.	Das Verbot der oberschlesischen Selbstschutzverbände.	223
2.	Das Außerkraftsetzungsverlangen des Reichstags gegen die Zweite Verordnung zum Schütze der Republik	224
3.	Der öffentliche Dienst und der Eisenbahnerstreik zu Anfang 1922	225

Inhaltsverzeichnis

§ 14. <i>Das Zweite Reichskabinett Wirth im Bemühen um die äußere Stabilisierung des Reichs</i>	228
I. Der neue Reparationskonflikt	229
1. Der deutsche Antrag auf Zahlungsaufschub	229
2. Die Konferenz von Cannes (6.-13. Januar 1922).	231
3. Der deutsche Reform-und Garantieplan.	232
4. Die „Bedingungen“ der Reparationskommission	233
II. Genua und Rapallo.	235
1. Die Konferenz von Genua (10. April-19. Mai 1922).	235
2. Die Vorbereitung der deutsch-russischen Verständigung.....	237
3. Die Bemühungen um die Wiederaufnahme des deutsch-russischen diplomatischen Verkehrs.	239
4. Der Vertrag von Rapallo.	240
5. Die außen- und innenpolitische Durchsetzung der Rapallo-Politik	241
III. Der Fortgang des Streits um die Reparationen	243
1. Die deutschen Auseinandersetzungen mit der Reparationskommission (April-Mai 1922).	243
2. Die deutsche Reparationsnote vom 28. Mai 1922.	244
3. Der Reichstag und die Reparationsfrage.	246
4. Der Reichstag und die deutschen Sachlieferungsabkommen.	246
IV. Das Ende des Kampfs um Oberschlesien	248
1. Das deutsch-polnische Oberschlesien-Abkommen vom 15. Mai 1922.	248
2. Der innerstaatliche Vollzug des Abkommens durch das Reichsgesetz vom 11. Juni 1922.	249
<i>Der Rathenau-Mord, das Republikchutzgesetz und der zweite Konflikt Bayern-Reich.</i>	249
I. Der Rathenau-Mord.	250
1. Das Attentat vom 24. Juni 1922.	250
2. Der Urheber-und der Täterkreis.....	251
II. Beweggründe und Ziele des Verbrechens.	253
1. Das Tatmotiv.	253
2. Der antibürgerliche Affekt des nationalrevolutionären Aktivismus	255
III. Die neuen Maßnahmen zum Schütze der Republik	255
1. Die Republikchutzverordnungen vom 26. und 29. Juni und das Republikchutzgesetz vom 21. Juli 1922.	255
2. Der Streit zwischen Bayern und dem Reich wegen des Vollzugs des Republikchutzgesetzes.	257
3. Das Urteil im Rathenau-Prozeß.	258

Inhaltsverzeichnis

§ 16. <i>Das Scheitern der Wirth sehen Erfüllungspolitik und das Ende der Weimarer Koalition.</i>	258
I. Die Regierungskoalition und das Parteiengefüge im Sommer 1922	259
1. Die erneuten Bemühungen um eine Mehrheitsregierung der Großen Koalition.	259
2. Die innere Auflösung der Wirthschen Koalition.	260
II. Die neuen Bemühungen um ein Reparations-Moratorium (Juli bis Oktober 1922).	262
1. Der zweite deutsche Antrag auf ein Moratorium für Reparationen und Ausgleichsleistungen.	262
2. Die dilatorische Behandlung des Antrags auf das Reparations-Moratorium.	263
III. Die inneren Verfassungsprobleme unter dem Zweiten Reichskabinetts Wirth	264
1. Die Frage der Reichspräsidentenwahl im Sommer und Herbst 1922	264
2. Die Frage der Regierungsumbildung im September und Oktober 1922.	266
IV. Das Ende des Zweiten Reichskabinetts Wirth.	269
1. Der Zusammenbruch der Erfüllungspolitik	269
2. Der Sturz der Reichsregierung.	270

Kapitel IV. Ruhreinfall und Ruhrkrise 1922/1923

§ 17. <i>Das Reichskabinetts Cuno und der Ausbruch des Ruhrkampfes.</i>	271
I. Die außen-und innenpolitische Wende nach rechts.	272
II. Der offene Reparationskonflikt	275
1. „Erst Brot, dann Reparationen!“	275
2. Der Streit um die deutschen Sachlieferungen.	276
3. Die amerikanische Intervention und der deutsche Versuch zur Einwirkung auf die Alliierten.....	277
4. Die Pariser Reparationskonferenz und der französische Plan der Pfandbesetzung des Ruhrgebiets.	278
III. Der Ruhreinbruch Frankreichs und Belgiens.	279
1. Die Besetzung des Ruhrgebiets.	279
2. Die Maßnahmen des Reichs gegen den Ruhreinfall.	281
3. Die Verschärfung des Besatzungsregimes an Rhein und Ruhr.	282
4. Die französisch-belgischen Sanktionen im Ruhrkampf.	284

Inhaltsverzeichnis

§ 18. <i>Der passive und der aktive Widerstand im Ruhrkampf.</i>	286
I. Deutschland in der Abwehr des Ruhreinfalls	286
1. Das Reichskabinett und der Reichspräsident im Abwehrkampf.	286
2. Die deutsche „Einheitsfront“ gegen den Ruhreinfall.	288
II. Die Besatzungsdiktatur an Rhein und Ruhr und der rheinische Separatismus.	291
1. Die Steigerung des Besatzungsregimes zur Besatzungsdiktatur	291
2. Die alliierte Förderung des Separatismus.	292
III. Der aktive Widerstand gegen die Besatzungsmacht	294
1. Passiver und aktiver Widerstand	294
2. Der Fall Schlageter	296
3. Die Reichsregierung und der aktive Widerstand.	298
IV. Die Krise des passiven Widerstands	299
1. Die Vorbereitung des Kurswechsels der deutschen Ruhrpolitik.	299
2. Die neuen deutschen Vorschläge zur Reparationsfrage.	300
3. Die Zwistigkeiten unter den Alliierten über die Beilegung des Reparationskonflikts.	302
V. Der Sturz des Reichskabinetts Cuno.	302
1. Das Erlahmen des passiven Widerstands.	302
2. Der sozialdemokratische Generalangriff gegen den Reichskanzler	303
3. Die Reichstagsverhandlungen vom 8.-10. August 1923.	304
4. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 10. August 1923	306
5. Der Rücktritt der Reichsregierung (12. August 1923).	306
§ 19. <i>Der deutsche Rechts- und Linksradikalismus während des Ruhrkonflikts.</i>	307
I. Die Maßnahmen Preußens gegen den Rechts- und den Linksradikalismus während des Ruhrkampfes.	307
1. Die Maßnahmen gegen die radikale Rechte.	308
2. Die Maßnahmen gegen die radikale Linke.	310
II. Der bayerische Rechtsradikalismus während der Ruhrkampfzeit	311
1. Die nationalkonservativen Verbände in Bayern.	311
2. Die nationalrevolutionären Verbände in Bayern.	312
3. Der Konflikt im Lager der Rechten aus Anlaß des Ruhrkampfes	314
III. Der bayerische Nationalsozialismus im ersten Halbjahr 1923.	315
1. Der Münchner Parteitag der NSDAP und die bayerischen Notverordnungen vom 26. Januar 1923.	315
2. Die „Arbeitsgemeinschaft“ der rechtsradikalen Kampfbünde in Bayern.	317
3. Der 1. Mai 1923 in Bayern.	318
4. Die Gegenmaßnahmen der bayerischen Staatsbehörden.	319
5. Der Streit um die bayerische Notverordnung vom 11. Mai 1923	321
6. Die Kompromittierung Frankreichs durch den Münchner Fuchs-Machhaus-Prozeß	322

Inhaltsverzeichnis

IV. Der Linksradikalismus in Mitteldeutschland während der Ruhrkampfzeit	324
1. Die mitteldeutschen Staaten im Jahr 1923.	324
2. Die Radikalisierung in Sachsen.	325
3. Die Radikalisierung in Thüringen.	328

Kapitel V. Vom Höhepunkt der Staatskrise zu den Anfängen der deutschen Stabilisierung

§ 20. <i>Das Erste Reichskabinett Stresemann</i>	330
I. Das Kabinett der Großen Koalition	331
1. Die Bildung des Ersten Reichskabinetts Stresemann.	331
2. Die Zusammensetzung des Ersten Reichskabinetts Stresemann	333
II. Die Preisgabe des passiven Widerstands.	335
1. Die Selbstausschaltung des Reichstags aus den Maßnahmen zur Bewältigung der Staatskrise von 1923.	335
2. Die Vorbereitung des Abbruchs der Widerstandspolitik	336
3. Das Ende des passiven Widerstands.	337
§ 21. <i>Der deutsche Radikalismus in der Vorbereitung des Angriffs auf die Verfassung der Republik</i>	341
I. Die linksradikalen Positionskämpfe in Preußen und in Mitteldeutschland	341
II. Der Plan eines Putschs der Rechtsradikalen in Bayern	343
1. Die nationalen Kampfbünde in Bayern nach dem Abbruch des passiven Widerstands.	343
2. Reichsregierung und Landesregierung im Streit über die innerbayerische Lage.	345
III. Die Kollision des Reichs- und des bayerischen Ausnahmezustands	347
1. Die bayerische Notverordnung vom 26. September 1923.	347
2. Die Notverordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923	349
3. Der neue Konflikt Bayern-Reich und die Krise des Reichskabinetts Stresemann.	350
IV. Der Rechtsradikalismus in Norddeutschland und der Küstrin-Spandauer Putsch.	351
1. Der Rechtsradikalismus und die „Schwarze Reichswehr“.	351
2. Die „Erfassungs-Abteilungen“ des Wehrkreis-Kommandos III (Berlin) und andere norddeutsche Formationen der „Schwarzen Reichswehr“.	352
3. Der Fehlschlag des Buchrucker-Putschs in Küstrin und Spandau	354

Inhaltsverzeichnis

§22. <i>Das Zweite Reichskabinett Stresemann und die Oktoberkrise.</i>	356
I. Der Koalitionsstreit über Währungsreform, Arbeitszeitverlängerung und Ermächtigungsgesetz	356
1. Die Währungsfrage	357
2. Die Arbeitszeitfrage	357
3. Die Frage eines neuen Ermächtigungsgesetzes.	358
II. Das zweite Reichskabinett der Großen Koalition	359
1. Der Koalitionskompromiß vom 6. Oktober 1923.	359
2. Die Regierungserklärung des Reichskanzlers und das Vertrauens- votum des Reichstags	362
3. Das Stresemannsche Ermächtigungsgesetz und der Reichstag	363
III. Der dritte Konflikt Bayern-Reich und die Gefahr der „neuen Mainlinie“.	364
1. Das Generalstaatskommissariat v. Kahr und die Reichsgewalt	364
2. Die Einstellung des Vollzugs des Republikschutzgesetzes in Bayern.	365
3. Der Streit um das Verbot des „Völkischen Beobachters“.	367
4. Der Streit um die Dienstenthebung des Wehrkreisbefehlshabers Generalv. Lossow.	369
5. Die Inpflichtnahme der 7. Reichswehrdivision durch die bayerische Regierung	371
§ 23. <i>Die Umsturzversuche der radikalen Linken im Herbst 1923 und das Ende der Großen Koalition.</i>	373
I. Der Moskauer „Strategische Plan“ für den Umsturz in Deutschland	373
II. Der Hamburger Aufstand und sein Zusammenbruch.	375
III. Das vorbeugende Eingreifen des Reichs in Sachsen	376
1. Das Kabinett Zeigner im Angriff gegen das Reichskabinett Stresemann.	376
2. Das Kabinett Zeigner im Streit mit dem Wehrkreisbefehlshaber	377
3. Die Anordnung der Reichsexekution gegen Sachsen durch den Reichspräsidenten Ebert	379
4. Die Einsetzung des Reichskommissars Heinze durch Stresemann	381
5. Die Umbildung der sächsischen Regierung unter Ausschluß der KPD.	382
IV. Das vorbeugende Eingreifen des Reichs in Thüringen.	383
1. Die Bildung der sozialistisch-kommunistischen Landesregierung Frölich-Korsch	383
2. Die Intervention des Wehrkreisbefehlshabers Reinhardt in Thürin- gen und das Ausscheiden der KPD aus der Landesregierung	385
V. Der Bruch der Großen Koalition im Reich.	387
1. Die gesetzvertretenden Vollmacht-Verordnungen des Zweiten Reichskabinetts Stresemann.	387
2. Der Austritt der SPD aus dem Reichskabinett	388
3. Das „Rumpfkabinett“ Stresemann.	389

Inhaltsverzeichnis

§ 24. <i>Das Rumpfkabinett Stresemann und der Plan eines Reichsdirektoriums.</i>	390
I. Die Krise des deutschen Parlamentarismus und die Bemühungen um ein Reichsdirektorium.	390
1. Die Reichsregierung nach dem Ende der Großen Koalition.	390
2. Das Projekt des parlamentsunabhängigen Reichsdirektoriums	391
II. Seeckt und Stresemann im Kampf um die Regierungsmacht	394
1. Seeckts „Regierungsprogramm“.	394
2. Seeckt auf dem Weg zum Reichsdirektorium.	395
3. Der Bruch zwischen Seeckt und Stresemann.....	397
4. Seeckts Schreiben an Kahr(2./5. November 1923).	398
III. Das Fortbestehen des Reichskabinetts Stresemann.	399
1. Das Rumpf kabinett auf dem Höhepunkt der Herbstkrise.	399
2. Der Regierungsaufwurf an das Volk vom 5. November 1923.	400
3. Stresemanns Entscheidung gegen die Erweiterung des Rumpfkabinetts nach rechts.	401
§ 25. <i>Der Münchner Putsch.</i>	402
I. Der Umsturzversuch vom 8. November 1923.	402
1. Motiv und Ziel des Münchner Anschlags.	402
2. Kahrs Besprechung mit den Führern des „Kampfbunds“ vom 6. November 1923.	403
3. Die Vorbereitung des Putschs.	405
4. Der Handstreich im Bürgerbräu.	406
5. Das Verhalten des „Triumvirats“ Kahr-Lossow-Seisser nach Hitlers Handstreich im Bürgerbräu.	409
II. Der Zusammenbruch der Umsturbewegung	410
1. Der Gegenschlag der Gruppe Kahr-Lossow-Seisser.	410
2. Die Gegenmaßnahmen der Reichsregierung	412
3. Das Ende an der Feldherrnhalle.	414
III. Die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung in Bayern	416
1. Die Maßnahmen des Generalstaatskommissars v. Kahr (9.-11. November 1923).	416
2. Die Beilegung des Konflikts zwischen dem Generalstaatskommissar und der bayerischen Staatsregierung	419
§ 26. <i>Das Rumpfkabinett Stresemann und sein Ende</i>	420
I. Der Reichspräsident und das Rumpfkabinett Stresemann.	421
II. Die Stabilisierung der Mark unter dem Rumpfkabinett Stresemann	422
1. Die Vorarbeiten für die Währungsreform	422
2. Die Stufen der Währungsreform.	423
3. Schacht und Luther im Bemühen um die stabile Mark.	425
4. Rentenmark oder Goldmark?.	427

Inhaltsverzeichnis

III. Stresemanns Sturz	427
1. Die Versuche zur Überwindung der Kabinettskrise	427
2. Das Mißtrauensvotum der Reichstagsmehrheit gegen Stresemann (23. November 1923).	429
§ 27. <i>Der rheinische Separatismus in der Zeit des Reichskabinetts</i>	
<i>Stresemann</i>	431
I. Das Wiederaufflammen des rheinischen Separatismus.	432
1. Die Gruppen der rheinischen Sonderbündler in der Zeit des Ruhr- kampfes.	432
2. Die Besatzungsmächte und die rheinischen Sonderbündler.	433
II. Der rheinische Separatismus nach dem Ende des passiven Widerstands	434
1. Die Aufstellung des separatistischen „Rheinland-Schutzes“.	434
2. Das Koblenzer Separatisten-Programm vom 15. August 1923.	435
3. Die Düsseldorfer Separatisten-Kundgebung vom 30. September 1923.	436
III. Die „Rheinische Republik“.	437
1. Die Proklamation der „Rheinischen Republik“.	437
2. Die Proklamation der „Pfälzischen Republik“.	438
3. Die separatistische „Republik Birkenfeld“.	439
IV. Die Bevölkerung, die Verbände und die Regierungen im Widerstand gegen die Abfallbewegung	440
1. Die rheinische Bevölkerung und der Separatismus.	440
2. Die Regierungsproteste gegen die besatzungsbehördliche Begünstigung der Sonderbündler.	440
3. Die rheinischen Parteien, Verbände und Repräsentativorgane in der Abwehr der Sonderbündler.	441
4. Der aktive Widerstand gegen die Abfallbewegung	442
5. Der Zerfall der separatistischen Organisationen im November 1923	444

Inhaltsverzeichnis

B. Die Jahre der Stabilisierung der Republik

Kapitel VI. Die wirtschaftliche und politische Festigung des Reichs unter den beiden ersten Kabinetten Marx

§ 28. <i>Das Erste Reichskabinett Marx.</i>	447
I. Die Erneuerung der Minderheitskoalition der Mitte.	447
1. Die Verhandlungen über die Umbildung des Reichskabinetts.	447
2. Die Zusammensetzung des Ersten und Zweiten Reichskabinetts Marx.	449
II. Das Ermächtigungsgesetz vom 8. Dezember 1923.	451
1. Der Reichstag vor der Alternative: Zustimmung zum Ermächti- gungsgesetz oder Auflösung?.	451
2. Die Zustimmung der oppositionellen SPD zum Dezember-Ermäch- tigungsgesetz	452
3. Die Bedeutung des Dezember-Ermächtigungsgesetzes für den Fort- gang der deutschen Stabilisierung	454
III. Die Maßnahmen zur inneren Festigung des Reichs (Dezember 1923-Februar 1924).	455
1. Die Finanz-Verordnungen.	455
2. Die Währungs- und Wirtschafts-Verordnungen.	456
3. Die Sozial-Verordnungen.	457
4. Die Justiz-Verordnungen.	458
IV. Die Reparationsfrage um die Jahreswende 1923/1924.	459
1. Der Antrag auf Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit.	459
2. Die Einsetzung des Dawes-Komitees.	460
V. Die Rheinlandfrage in der Jahreswende 1923/1924.	461
1. Die Anfänge der wirtschaftlichen Normalisierung in den besetzten Gebieten.	461
2. Die Preisgabe der separatistischen Organisationen durch Frankreich.	462
3. Der Zusammenbruch des Separatismus in der Rheinpfalz.	463
§ 29. <i>Das Ende der Reich-Länder-Konflikte und die Aufhebung der Diktatur-Vollmacht Seeckts.</i>	465
I. Die Überwindung der Wirren in Mitteldeutschland.	465
1. Die Befriedung der Lage in Sachsen durch die Berufung des Kabi- netts Heldt.	465
2. Die Befriedung der Lage in Thüringen durch die Vereinbarung mit dem Reich vom 14./15. Januar 1924.	467

Inhaltsverzeichnis

II. Die Beilegung des dritten Konflikts Bayern-Reich	469
1. Die innere Lage in Bayern nach dem Münchner Putsch	469
2. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme des Vollzugs des Republikenschutzgesetzes in Bayern.	470
3. Die Verhandlungen über die Wiederherstellung der unein- geschränkten Wehrhoheit des Reichs in Bayern.....	471
4. Die „Homburger Vereinbarung“.	473
5. Die Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und Reich	476
6. Die Milderung des bayerischen Ausnahmezustands durch die Ver- ordnung vom 18. Februar 1924.	477
III. Das Ende der „Reichsdiktatur Seeckt“.	478
1. Der Streit um die Aufhebung des Reichsausnahmezustands.	478
2. Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands.	479
3. Seeckts „Rückgabe der Macht“.	480
4. Der bayerische Protest gegen den Entwurf der Verordnung über den zivilen Reichsausnahmezustand.	482
5. Der Übergang zum zivilen Reichsausnahmezustand.	482
§ 30. <i>Das Reich von der Auflösung des Ersten bis zur Wahl des Zweiten Reichstags.</i>	 484
I. Die innere Lage des Reichs von Februar bis April 1924.	484
1. Das Scheitern der Verlängerung des Ermächtigungsgesetzes.	484
2. Die letzten Gesetzgebungsarbeiten des Ersten Reichstags: Nothaushalt, Währungsgesetze, Finanzgesetze.	485
3. Die Auflösung des Reichstags (13. März 1924).	486
4. Das Reich zwischen Parlamentsauflösung und Neuwahl.	487
II. Bayern von der Auflösung des Landtags bis zu den Aprilwahlen 1924 . .	488
1. Der Münchner Hochverratsprozeß	488
2. Das Münchner Volksgerichts-Urteil.	489
3. Die Aufhebung der Volksgerichte und die Wiederaufnahme des Vollzugs des Republikenschutzgesetzes in Bayern.	491
4. Die Landtagswahlen vom 6. April 1924 und die Anfänge des Kabi- netts Held.	493
III. Die auswärtige Lage des Reichs während der parlamentslosen Zeit. . . .	493
1. Die deutsche Vorentscheidung über die Reparationsfrage.	493
2. Der deutsch-alliierte Notenwechsel vom 16./17. April 1924.	495
§31. <i>Die Maiwahlen 1924 und das Zweite Reichskabinett Marx.</i>	 495
I. Das Wahlergebnis vom 4. Mai 1924 und die Neubildung des Reichs- kabinetts.	495
1. Die „Wende nach rechts“.	495

Inhaltsverzeichnis

2. Der Streit um die Bildung eines nationalbürgerlichen Reichskabinetts	497
3. Die Erneuerung des Minderheitskabinetts der Mitte.	499
II. Die Verfassungsereignisse des Sommers 1924.	500
1. Das Billigungsvotum des Reichstags für das außenpolitische Regierungsprogramm	500
2. Die Verlängerung des Gesetzes über den Nothaushalt	501
3. Die Reichstagsbeschlüsse gegen Ausnahmezustand und Parteiverbote.	502
4. Die Aufhebung der Parteiverbote durch die Landesregierungen	503
§32. <i>Der Dawes-Plan und die Londoner Abkommen.</i>	504
I. Die Londoner Konferenz	504
1. Deutschland und die neue Reparationskonferenz	504
2. Die deutsche Delegation auf der Londoner Konferenz	507
3. Die Londoner Reparationsabkommen.	508
II. Der Reichstag und die Londoner Abkommen.	509
1. Die Reichstagsdebatten vom 23.-29. August 1924.	509
2. Die Sicherung der Reichstags-Zustimmung durch einen Teil der deutschnationalen Fraktion.	510
III. Die Dawes-Gesetze.	511
1. Das Gesetz über die Londoner Konferenz.	512
2. Industriebelastungsgesetz und Aufbringungsgesetz	512
3. Die Bankgesetze.	513
4. Die Reichsbahngesetze.	513
IV. Garantien für die Erfüllung der Reparationsschuld.	514
1. Die Kommerzialisierung der Reparationsschuld	514
2. Die Internationalisierung deutscher öffentlicher Einrichtungen . . .	515
3. Die Einsetzung internationaler Kontrollorgane in Deutschland . . .	515
§ 33. <i>Die Londoner Konferenz und die Grundfragen der europäischen Friedenssicherung.</i>	516
I. Die „politischen Fragen“ auf der Londoner Konferenz	517
1. Die Räumung der neubesetzten Gebiete.	517
2. Die Rückkehr der Ausgewiesenen in die besetzten Gebiete.	518
3. Die beiderseitige Amnestie für die Verurteilten des Ruhrkampfes . . .	519
4. Der Kriegsschuld-Artikel und die Londoner Konferenz.	520
II. Der Kampf um die Internationale Militärkontrolle.....523	
1. Der deutsche Widerstand gegen die Militärkontrolle 1922/1923 . . .	523
2. Die Unterbrechung der Militärkontrolle während des Ruhrkampfes .	523
3. Die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle .	524
4. Das Reichskabinett im Widerstand gegen die Generalinspektion . . .	525
5. Die Unterwerfung unter die „befristete Generalinspektion“.	526

Inhaltsverzeichnis

§34. <i>Die Herbst- und Winterkrise 1924/1925.</i>	528
I. Die Krise des Zweiten Reichskabinetts Marx.	528
1. Das Scheitern des Ausbaus der Minderheitskoalition zur Mehrheitskoalition.	528
2. Die zweite Reichstagsauflösung des Jahres 1924 und ihre verfassungsrechtliche Problematik.	530
II. Die Dezemberwahlen 1924.	531
1. Das Wahlergebnis für den Dritten Weimarer Reichstag.	531
2. Das Regierungs-Interim vom Dezember 1924 zum Januar 1925.	533
III. Die Gefährdungen der staatlichen Integrität durch Einzelvorfälle um die Jahreswende 1924/1925.	533
1. Der Magdeburger Prozeß des Reichspräsidenten.	533
2. Der Barmat-Kutisker-Skandal und der Fall Höfle.	535
IV. Die alliierte Entscheidung über die Nichterfüllung der deutschen Entwaffnungspflichten.	538
1. Die alliierte Generalinspektion in Deutschland.	538
2. Die Feststellung der Nichterfüllung der Entwaffnungspflichten.	539

Kapitel VII. Die beiden Reichskabinette Luther

§ 35. <i>Der Amtswechsel im Reichskanzleramt und in der Reichspräsidentschaft.</i>	541
I. Das Erste Reichskabinett Luther.	541
1. Der Koalitionswechsel im Reich.	541
2. Die Zusammensetzung des Ersten Reichskabinetts Luther.	542
II. Der Wechsel im Amt des Reichspräsidenten.	544
1. Eberts Tod.	544
2. Der Stellvertreter des Reichspräsidenten.	545
3. Die Reichspräsidentenwahlen vom 29. März und vom 26. April 1925.	546
4. Hindenburgs Amtsantritt.	547
5. Die verfassungspolitische Bedeutung der Reichspräsidentenwahl von 1925.	548
§ 36. <i>Die Locarno-Politik, die Rapallo-Politik und die Konsolidierung der auswärtigen Stellung des Reichs.</i>	550
I. Die außenpolitische Grundformel der Republik: „Gleiche Abrüstung und gleiche Sicherheit!“	550
1. Das deutsche Sicherheitsmemorandum vom 20. Januar/9. Februar 1925.	550

Inhaltsverzeichnis

2. Der Garantiepakt und der deutsche Revisionismus.	552
3. Die alliierte Entwaffnungsnote vom 4. Juni und die französische Sicherheitsnote vom 16. Juni 1925.	554
4. Der deutsch-französische Notenwechsel vom Juli/August 1925	555
5. Die Einigung über die Locarno-Konferenz und die deutsche Erklärung zur Kriegsschuldfrage.	556
II. Der Locarno-Vertrag.	557
1. Die Konferenz von Locarno.	557
2. Der Inhalt des Vertragswerks vom 16. Oktober 1925.	558
3. Der deutschnationale Widerstand gegen die Locarno-Politik und das Ende der Mitte-Rechts-Koalition.	560
4. Die Zustimmung des Reichstags zum Locarno-Pakt.	561
5. Die Unterzeichnung und Ratifikation des Locarno-Pakts.	562
III. Das deutsch-russische Verhältnis und der Locarno-Vertrag	563
1. Rapallo-Politik oder Locarno-Politik?.	563
2. Der Abschluß des deutsch-russischen Handelsvertrags und die Zustimmung des Reichstags zur Fortsetzung der Rapallo-Politik . . .	564
§ 37. <i>Vom Ersten zum Zweiten Reichskabinett Luther.</i>	566
I. Die Schliebensche Reichsfinanzreform und die innere Konsolidierung des Reichs.	566
1. Die Aufgabe der Reichsfinanzreform.	566
2. Der Kompromiß über die Aufwertung alter Geldforderungen	566
3. Die Schliebenschen Reichsfinanzgesetze.	567
II. Die Krise des Ersten Reichskabinetts Luther und die Kabinettsumbildung	568
1. Der Fehlschlag der Bemühungen um die Erneuerung der Großen Koalition.	568
2. Die Wiederherstellung der Minderheits-Koalition der Mitte.	569
3. Die Zusammensetzung des Zweiten Reichskabinetts Luther.	570
III. Die Auswirkungen des Locarno-Vertrags auf die deutsche Lage.	572
1. Die Räumung der Kölner Zone.	572
2. Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.	572
IV. Das deutsch-russische Verhältnis und der Berliner Vertrag.....	573
1. Die deutsche Rußland-Politik nach Locarno.	573
2. Der Berliner Vertrag vom 24. April 1926.	574
3. Die Ratifikation des Berliner Vertrags.	575
§ 38. <i>Krisen und Ende der Ära Luther.</i>	576
I. Der Kampf um die Fürstenenteignung	577
1. Staatsvermögen und Privatvermögen der Fürstenhäuser.	577
2. Fürstenabfindung oder Fürstenenteignung?.	578
3. Das kommunistisch-sozialdemokratische Volksbegehren auf Fürstenenteignung.	579

Inhaltsverzeichnis

II. Der Streit um die Flaggenverordnung und der Sturz des Zweiten Reichskabinetts Luther.	581
1. Die Flaggenverordnung des Reichspräsidenten vom 5. Mai 1926	581
2. Die sozialdemokratisch-linksliberalen Angriffe gegen die neue Flaggenverordnung	582
3. Die Reichstagsabstimmungen vom 12. Mai 1926 und Luthers Rücktritt	584

Kapitel VIII. Vom Kabinett der Mitte zum Mitte-Rechts-Kabinett

§ 39. <i>Das Dritte Reichskabinett Marx.</i>	586
I. Kanzlerwechsel ohne Koalitionswechsel	586
1. Die Fortsetzung der Minderheitskoalition der Mitte.	586
2. Die Zusammensetzung des Dritten Reichskabinetts Marx.	587
3. Die Regierungserklärung des Reichskanzlers.	589
II. Der Fortgang des Kampfs um Fürstenenteignung oder Fürstenabfindung	590
1. Der Reichspräsident und die Fürstenenteignung.	590
2. Das Scheitern des Volksentscheids über die Fürstenenteignung	591
3. Das Scheitern des Fürstenabfindungsgesetzes im Reichstag	592
4. Das preußische Ausgleichs-Abkommen über das Vermögen des ehemaligen Königshauses.	594
III. Die Reichwehrkrise des Herbstes 1926 und der Sturz Seeckts.	595
1. Die Stellung des Chefs der Heeresleitung in der Ära Hindenburg	595
2. Das „Münsinger Ereignis“ und Seeckts Verabschiedung	596
IV. Die Vorböten der Dezemberkrise.	599
1. Der Kampf um das Jugendschutzgesetz.	599
2. Die deutschdemokratische Fronde und die beginnende Koalitionskrise.	600
V. Die Wehrpolitik und der Sturz des Dritten Reichskabinetts Marx	601
1. Das Ende der alliierten Militärkontrolle.	601
2. Die Wehrdebatte im Reichstag.	602
3. Das Mißtrauensvotum gegen das Reichskabinett	603
§ 40. <i>Das Vierte Reichskabinett Marx.</i>	604
I. Die Rückkehr zur Mitte-Rechts-Koalition	605
1. Die Koalitionsfrage in der Jahreswende 1926/1927.	605
2. Der Bruch zwischen dem Reichswehrminister und seiner Partei	606
3. Die Koalitionsverhandlungen des Januar 1927.	607
4. Die Zusammensetzung des Vierten Reichskabinetts Marx.	609

Inhaltsverzeichnis

II. Das Programm der neuen Mitte-Rechts-Koalition	611
1. Regierungserklärung und Vertrauensvotum.....	611
2. Die Verlängerung des Republikchutzgesetzes.	612
3. Die Nicht-Verlängerung des Sperrgesetzes über die Fürsten- abfindung.	613
III. Der Fortgang des Streits um Reichsfarben und Wehrverfassung	615
1. Die Verschärfung des Flaggenstreits.	615
2. Der Flaggenerlaß des Reichswehrministers Geßler.	616
3. Der Flaggenstreit bei der Tannenberg-Feier.	617
4. Die Phoebus-Affäre.	618
5. Der Sturz Geßlers und der Abschluß der Phoebus-Affäre.	619
IV. Das Ende der nationalbürgerlichen Koalition	622
1. Das Scheitern des Reichsschulgesetzes und die Auflösung des Dritten Reichstags (31. März 1928).	622
2. Der Streit um das Verbot des Roten Frontkämpferbunds vor dem Reichsgericht	623

C. Die Krise des Parlamentsstaats

Kapitel IX. Die Zeit der Großen Koalition 1928/1929

§ 41. Das Zweite Reichskabinett Müller und die deutsche

<i>Sicherheitspolitik</i>	627
I. Die Rückkehr zur Großen Koalition	628
1. Das Ergebnis der Wahlen zum Vierten Reichstag	628
2. Die Koalitionsverhandlungen des Mai/Juni 1928	629
3. Die Zusammensetzung des Zweiten Reichskabinetts Müller.	630
II. Sicherheitspolitik und Kellogg-Pakt	632
1. Die Verhandlungen über den Kriegsverzicht-Vertrag	632
2. Inhalt und Grenzen des völkerrechtlichen Kriegsverzichts.	634
3. Die Verabschiedung des Kriegsverzicht-Vertrags im Reichstag	636
III. Sicherheitspolitik und Flottenrüstung.	638
1. Friedenspolitik und Rüstungspolitik	638
2. Die Anfänge des Streits um den Linienschiff-Ersatzbau unter dem Reichskabinett Marx	639
3. Der Panzerschiff-Streit und der Kabinettsbeschluß vom 10. August 1928.	640
4. Die Unterwerfung der SPD-Führung unter den Kabinettsbeschluß über den Panzerschiff-Bau.	642
5. Die Vergabe des Bauauftrags für das Panzerschiff A.	643
IV. Der Kampf gegen den Panzerschiff-Bau.	644
1. Das Scheitern des kommunistischen Volksbegehrens.	644
2. Die Anträge auf Einstellung des Panzerschiff-Baus vor dem Reichstag.	645
3. Die Reichstagsentscheidung für den Panzerschiff-Bau.	646

Inhaltsverzeichnis

§ 42. <i>Das Zweite Reichskabinett Müller und die Kernfragen der Innenpolitik</i>	648
I. Der Konflikt zwischen dem Reichskabinett und dem Reichsstaatsgerichtshof	649
1. Der Reich-Länder-Streit um die Besetzung der Stellen im Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft	649
2. Die einseitige Besetzung der vakanten Stellen durch das Reich	650
3. Der Protest des Reichsstaatsgerichtshofs gegen das Reichskabinett	652
4. Der Reichspräsident im Konflikt zwischen Reichskabinett und Reichsstaatsgerichtshof	653
II. Die Umbildung des Zweiten Reichskabinetts Müller.	654
1. Die Krise des Reichskabinetts der Großen Koalition.	654
2. Der Koalitionskompromiß über die Umbildung des Reichskabinetts.	655
3. Die Zusammensetzung des umgebildeten Reichskabinetts.	657
III. Der kommunistische Mai-Aufstand 1929 in Berlin.	658
1. Die innere Lage vor dem 1. Mai 1929.	658
2. Die Maikämpfe 1929 in Berlin.	659
3. Das Verbot des Roten Frontkämpferbunds in Preußen, Bayern, Sachsen und Hamburg.	660
4. Der Parteitag der KPD (16.-19. Juni 1929).	661
IV. Die Anfänge der Osthilfe.	662
1. Die Notlage des deutschen Ostens.	662
2. Das Reichsgesetz über die Ostpreußenhilfe.	663
V. Der Fortgang des Streits um den Panzerschiff-Bau	664
1. Die Bewilligung der zweiten Rate für das Panzerschiff A im Reichstag	664
2. Der Bewilligungsbeschluß und die innere Spaltung der SPD.	665
VI. Der Streit um die Verlängerung des Republiksschutzgesetzes.	666
§ 43. <i>Das Scheitern der Reichsreform</i>	667
I. Die Anfänge der Reichsreform-Bewegung.	668
1. Die Hauptziele der Reichsreform.	668
2. Die Reformprogramme von 1924.	669
3. Die Maßnahmen der territorialen Neugliederung 1920-1928.	670
II. Die Reformbemühungen von 1928.	672
1. Die Grundlegung der Reformarbeit durch den Bund zur Erneuerung des Reichs („Lutherbund“).	672
2. Die Berufung der Länderkonferenz.	673
3. Die Denkschrift des Lutherbunds von 1928.	674
III. Das Mißlingen der Reichsreform-Versuche in der Zeit der Großen Koalition.	676
1. Die Tagung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform.	676
2. Die Tagung der Unterausschüsse der Länderkonferenz.	678
3. Das Scheitern der Reichsreform am bayerischen Veto.	679

Inhaltsverzeichnis

Kapitel X. Die Große Koalition 1929/1930

§44. Die Abwehrmaßnahmen gegen die „Zersetzung der Reichswehr“ . . .	680
I. Die Neubelebung des Radikalismus in der beginnenden Reichskrise . . .	680
1. Der Rechtsradikalismus	680
2. Der Linksradikalismus	681
II. Die Gefahr der Unterminierung der Reichswehr.	683
1. Ultrarechte und ultralinke Zersetzungsversuche	683
2. Hitlers Reichswehrrede vom 15. März 1929.	684
III. Der Ulmer Reichswehrprozeß vor dem Reichsgericht	685
1. Die Aktionen der drei Ulmer Offiziere.	685
2. Die Ermittlungen wegen der Ulmer Vorgänge.	688
3. Der Hochverratsprozeß in Leipzig	689
IV. Die Maßnahmen des Reichswehrministers zur Abwehr der Zersetzung der Reichswehr.	690
1. Groeners Erlaß an die Reichswehr vom 22. Januar 1930.	690
2. Groeners „Uhrenerlaß“ vom 25. Februar 1930.	691
§ 45. Vom Dawes-Plan zum Young-Plan.	691
I. Die Young-Kommission und die Haager Konferenz	692
1. Rheinland-Räumung und Reparationen	692
2. Die Pariser Sachverständigenkonferenz und das Reparationsgutachten („Young-Bericht“).	694
3. Die Erste Haager Konferenz*	695
4. Stresemanns Tod.	696
II. Das Volksbegehren „Freiheitsgesetz“.	697
1. Der Gegenstand des Volksbegehrens.	697
2. Die Zulassung des Volksbegehrens.	698
3. Die Auseinandersetzungen um das Volksbegehren.	699
4. Das Volksbegehren und seine Verwerfung im Reichstag	700
5. Das Scheitern des Volksentscheids gegen den Young-Plan.	701
III. Die fortschreitende Finanzkrise des Reichs.	702
1. Die deutsche Finanzlage Ende 1929.	702
2. Das Memorandum des Reichsbankpräsidenten Schacht	703
3. Reichs-Sanierungsprogramm und Vertrauensvotum	704
4. Der Rücktritt von Popitz und Hilferding	705
5. Die Reichsfinanzgesetze vom 22./24. Dezember 1929.	707
§46. Das Inkrafttreten der Haager Abkommen von 1930.	707
I. Die Zweite Haager Konferenz	708
1. Die Zusätze zum Young-Plan.	708
2. Das Auftreten des Reichsbankpräsidenten Schacht auf der Zweiten Haager Konferenz.	709

Inhaltsverzeichnis

II. Die deutschen Auseinandersetzungen über die Haager Abkommen	711
1. Die Intervention des Reichspräsidenten	711
2. Der Reichstag und die Haager Abkommen	712
3. Die parlamentarische Zustimmung zu den Haager Abkommen	714
4. Der Streit um das deutsch-polnische Liquidationsabkommen	716
5. Die Ratifikation der Haager Abkommen	718
§ 47. <i>Das Ende der Großen Koalition.</i>	718
I. Die März-Krise von 1930	719
1. Die Bemühungen um den Wechsel der Koalition	719
2. Der Kabinettsstreit um das Finanzprogramm	721
3. Die „innere Sanierung“ der Arbeitslosenversicherung	722
4. Der Kompromiß-Vorschlag Brünings	723
II. Der Bruch der Großen Koalition	724
1. Die Entscheidung der SPD für den Austritt aus der Reichsregierung	724
2. Der Rücktritt des Reichskabinetts	725
3. Die Verantwortung für das Scheitern der Großen Koalition	726

D. Das Weimarer Präsidialregime

§ 48. <i>Vom Parlamentsstaat zum Präsidialstaat.</i>	731
I. Reichskrisen und Notstandsrecht im Weimarer System	732
1. Situationsbedingte und strukturelle Krisen	732
2. Die Krisenlage von 1930	734
II. Arten und Aufgaben des Präsidialregimes in der Strukturkrise des Weimarer Staats	736
1. Das Präsidialregime-ein notstandsrechtliches Interim	736
2. Das Präsidialregime - ein Mittel zur Sicherung der „Regierbarkeit“ des Staats	737
3. Das Präsidialregime - ein Mittel zur Wahrung der Staatseinheit im Antagonismus der Massendemokratie	740
4. Das Präsidialregime-ein Weg zur „autoritären Demokratie“.	741
5. Das Präsidialregime und die „Rekonstitutionalisierung“ des Reichs	743
6. Das Präsidialregime und die staatskonservative Reform	745
7. Das Präsidialregime - ein Mittel zur Abwehr der totalitären Diktatur	747

Inhaltsverzeichnis

Kapitel XI. Das Erste Reichskabinett Brüning

§49. <i>Das Präsidialregime von der Märzkrise bis zur Julikrise 1930.</i>	749
I. Brünings Kanzlerschaft	750
1. Die Berufung des ersten Präsidialkabinetts.	750
2. Die Zusammensetzung des Ersten Reichskabinetts Brüning.	751
II. Das Präsidialkabinett Brüning und der Reichstag	753
1. Das Regierungsprogramm und die Ablehnung der Mißtrauensanträge.	753
2. Die Finanz- und Agrarreformvorlagen des Reichskabinetts.	755
3. Der Zerfall der DNVP.	757
III. Die Reichspolitik von Mitte April bis Mitte Juli 1930.	758
1. Das endgültige Scheitern der Reichsreform.	758
2. Das Ende der internationalen Kontrollinstanzen und der Rheinlandbesetzung.	759
IV. Der Juli-Konflikt zwischen dem Präsidialkabinett und dem Reichstag	761
1. Haushaltsberatungen und Deckungsvorlagen.	761
2. Die Ablehnung der Deckungsvorlagen im Reichstag.	762
3. Die Notverordnungen vom 16. Juli 1930 und der Reichstag.	765
V. Die Versetzung des Reichs in den wirtschaftlich-finanziellen Ausnahmezustand.	767
1. Die Auflösung des Reichstags und der Ersatz der Notverordnungen vom 16. Juli durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930	767
2. Der Inhalt der Notverordnung vom 26. Juli 1930.	768
3. Der Streit um die Verfassungsmäßigkeit der Notverordnung vom 26. Juli 1930.	769
§ 50. <i>Der Konflikt zwischen dem Reich und Thüringen.</i>	771
I. Die thüringische Regierungsfrage 1929/30 und ihre verfassungspolitische Bedeutung.	771
II. Das Reich und die thüringischen Polizeikostenzuschüsse.	771
1. Der Streit um die thüringische Polizeiverwaltung.	771
2. Der Streit um die Umbildung der thüringischen Polizei.	773
3. Die thüringischen Polizeikosten und der Reichsstaatsgerichtshof	775
III. Das Reich und die thüringischen Schulgebete.	776
1. Der thüringische Schulgebetserlaß vom 16. April 1930.	776
2. Das Schulgebetsurteil des Reichsstaatsgerichtshofs.	777
§51. <i>Die Wahlen zum Fünften Reichstag am 14. September 1930.</i>	778
I. Das Wahlergebnis von 1930: die Zerstörung der parlamentarischen Demokratie.	778

Inhaltsverzeichnis

II.	Die Parteien nach den Septemberwahlen	780
1.	Die Niederlage der bürgerlichen Rechten	780
2.	Die Stabilität der Parteien des politischen Katholizismus	781
3.	Die Auflösung des rechten und linken Liberalismus	782
4.	Der Beginn des Niedergangs der Sozialdemokratie	783
5.	Der Wahlsieg der radikalen Rechten und Linken	784
III.	Die Lage nach den Septemberwahlen	785
1.	Die Unmöglichkeit einer Mehrheitsbildung der Mitte	785
2.	Die Frage der Mehrheitsbildung mit dem rechten oder linken Radikalismus	786
3.	Der Zwang zum Festhalten am System der Minderheitsregierung	787
5-52.	<i>Der Ausbau des wirtschaftlich-sozialen Notstandssystems</i>	<i>788</i>
I.	Brüning und der September-Reichstag	788
1.	„Keine Koalitionsverhandlungen alter Art!“	788
2.	Brünings Verhandlungen mit der NSDAP	789
3.	Die Bereitschaft der SPD zur Tolerierungspolitik	790
II.	Das Präsidialkabinett Brüning vor dem Reichstag	792
1.	Der Zweifrontenkampf gegen rechts und links	792
2.	Die Abstimmungsschlacht vom 18. Oktober 1930	794
3.	Die langfristige Vertagung des Reichstags	795
III.	Das Sanierungswerk des Präsidialkabinetts Brüning	796
1.	Die Sanierungs-Vorlagen vor dem Reichsrat	796
2.	Die Sanierungs-Vorlagen und die Parteien	797
3.	Die Notverordnung vom 1. Dezember 1930	798
4.	Die Außerkraftsetzungsanträge gegen die Juli- und die Dezember- Notverordnung im Reichstag	800
IV.	Der Streit um die Verfassungsmäßigkeit der Juli- und der Dezember- Notverordnung	803
1.	Die Frage des wirtschaftlich-finanziellen Staatsnotstands	803
2.	Die Entscheidung über die „Notwendigkeit“ des Diktatureingriffs -einErmessensakt?	804
3.	Die Ausweitung der Diktaturgewalt zur Generalvollmacht für die Notstandsgesetzgebung	805
§ 53.	<i>Brüning im Kampf mit dem Reichstag (Januar bis März 1931)</i>	<i>806</i>
I.	Die Zeit begrenzter Anwendung der Notstandsgewalt	806
1.	Die Schlichtungsstreitigkeiten des öffentlichen Interesses	806
2.	Die Bekämpfung politischer Ausschreitungen	809
II.	Die Reform der Geschäftsordnung des Reichstags	810
1.	Die Geschäftsordnungs-Maßnahmen zur Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit des Reichsparlaments	810
2.	Der Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichsparlament	814

Inhaltsverzeichnis

III. Der Reichshaushalt 1931/1932 vor dem Rumpf-Reichstag	815
1. Die Ablehnung der Mißtrauensanträge der KPD.	815
2. Die Entscheidung über das Reichshaushaltsgesetz 1931/1932	816
IV. Die weitere Gesetzgebungsarbeit des Rumpf-Reichstags.	818
1. Das Gesetz zur Änderung des Reichspreßgesetzes.	818
2. Das Gesetz gegen den Waffenmißbrauch	819
3. Das Osthilfegesetz	820
§ 54. <i>Brüning im Ringen um die deutsche Gleichberechtigung</i>	822
I. Die internationale Stellung des Reichs 1930/1931.	823
II. Das Reichskabinett Brüning und die militärische Gleichberechtigung Deutschlands.	824
1. Die Abrüstungsfrage vor dem Völkerbund im Herbst 1930.	824
2. Der Konventions-Entwurf des Vorbereitenden Ausschusses der Abrüstungskonferenz	826
3. Der Reichstag und die Abrüstungsfrage (10./11. Februar 1931)	828
III. Der Kampf um die deutsch-österreichische Zollunion	831
1. Das „Anschlußverbot“ und das nationale Selbstbestimmungsrecht Deutschlands.	831
2. Die deutsch-österreichischen „Richtlinien für eine Zollunion“	832
3. Inhalt und Bedeutung des Vorvertrags über die Zollunion.	835
4. Das Scheitern der Zollunion am Veto des Völkerbundsrats.....	836
5. Das Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs.	839
§ 55. <i>Das Regime Brüning in der Großen Krise</i>	840
I. Die Weltwirtschaftskrise und die deutsche Sommerkrise 1931.....	841
II. Weitere Maßnahmen des wirtschaftlichen Staatsnotstands.	843
1. Die Zweite Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen.	843
2. Der Reichstag und die neue Notverordnung.....	845
III. Die deutschen Bemühungen um Auslandshilfe.	847
1. Das Gespräch von Chequers (5.-9. Juni 1931).	847
2. Das Hoover-Moratorium (20. Juni 1931).	849
3. Die Annahme des Moratoriums durch die europäischen Mächte	851
IV. Die deutsche Bankenkrise.	852
1. Ursachen und Kennzeichen der Bankenkrise.	852
2. Der Zusammenbruch der Danat-Bank	854
3. Die Notverordnung zur Rettung der Danat-Bank.	855
4. Die sonstigen Maßnahmen zur Sicherung der Finanzwirtschaft.	856
5. Die fortdauernde Selbstausschaltung des Reichstags..	857

Inhaltsverzeichnis

§ 56. <i>Die Krisenpolitik Brüning's bis zur Umbildung seines Kabinetts</i>	859
I. Die Londoner Juli-Konferenz und das Basler Abkommen	859
1. Die Sieben-Mächte-Konferenz in London	859
2. Die Gründung der deutschen Akzept- und Garantiebank	861
3. Das Basler Stillhalte-Abkommen	862
II. Die deutsche Krisenpolitik des August/September 1931	863
1. Die „Dietramszeller-Verordnung“ (24. August 1931)	863
2. Die Einführung der Bankenaufsicht (19. September 1931)	865
3. Der Laval-Besuch in Berlin (27/28. September 1931)	866
III. Die Abwehr politischer Auflehnungen und Gewaltakte	866
1. Die Radikalisierung der Massen und der politische Terrorismus	866
2. Die Notverordnungen zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom Juli und Oktober 1931	867
IV. Die Notmaßnahmen vom Oktober 1931	869
1. Der fortschreitende Beschäftigungs- und Produktionsrückgang	869
2. Die Dritte Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen	870
V. Krise und Ende des Ersten Kabinetts Brüning	872
1. Der Rücktritt des Reichs außenministers Curtius	872
2. Hindenburgs Forderung der „Wende nach rechts“	873

Kapitel XII. Das Zweite Reichskabinett Brüning

§ 57. <i>Brüning im weiteren Kampf gegen die staatliche Zerrüttung</i>	874
I. Die Umbildung des Reichskabinetts	874
II. Brüning und die Harzburger Front	877
1. Hitler beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten	877
2. Die Harzburger Tagung der Verbände der Nationalen Opposition	879
3. Schachts Harzburger Rede	880
III. Das Reichskabinett und der Reichstag im Herbst 1931	881
1. Brüning's Regierungserklärung vom 13. Oktober 1931	881
2. Die Reichstagsdebatte und die Reichstagsbeschlüsse vom 14.-16. Oktober 1931	883
IV. Der „Wirtschaftsbeirat“ der Reichsregierung	885
1. Der Plan zur Berufung eines Wirtschaftsbeirats	885
2. Brüning und der Wirtschaftsbeirat	886
3. Die Konstituierung des Wirtschaftsbeirats und seine „Leitsätze“	887
V. Die wirtschaftlichen Notmaßnahmen des November und Dezember 1931	889
1. Die Osthilfe-Verordnung	889
2. Die Vierte Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen	890

Inhaltsverzeichnis

VI. Die Maßnahmen zum Schutz der inneren Sicherheit	894
1. Die Abwehr des politischen Terrorismus und der Streit um die Auflösung der Selbstschutzverbände	894
2. Die Boxheimer Dokumente	895
3. Brünings Erklärung über Ausnahmezustand und Legalität	898
4. Die Maßnahmen zum Schutz des inneren Friedens	899
§ 58. <i>Brüning im weiteren Bemühen um die Festigung des Reichs.</i>	900
I. Brünings Versuch zur parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten	900
1. Amtsverlängerung ohne plebiszitäre Wahl?	900
2. Die Parteien und die Amtsverlängerung durch das Parlament	901
3. Das Scheitern der Amtsverlängerung durch Parlamentsbeschluß	903
4. Die inneren Gründe für Hitlers Widerspruch	905
II. Groeners Maßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität	906
1. Der autoritäre Staat und die Integrität der Reichswehr und des Beamtentums	906
2. Groeners Neujahrsansprache und der Wehrelaß vom 29. Januar 1932	907
III. Der Ausbau der Maßnahmen zum Schutz der Wirtschaft	910
1. Die Ausdehnung der Osthilfe	911
2. Die Notverordnung zum Schütze der Wirtschaft	911
3. Die Notverordnung über Steuersenkungen	912
IV. Die Reorganisation des Großbanken-Systems	913
1. Die Entscheidung für die Reprivatisierung der Bankwirtschaft	913
2. Das Großbanken-System nach der Bankensanierung	914
V. Der Streit um die aktive Konjunkturpolitik	916
1. Der Wagemann-Plan	916
2. Der Woytinski-Tarnow-Baade-Plan	917
§ 59. <i>Brüning im Bemühen um die Einstellung der Reparationen und um Gleichheit der Abrüstung.</i>	918
I. Die weitere Verzögerung der Verhandlungen über die Reparations- und die Schuldenfrage zu Anfang 1932	918
1. Der Aufschub der Verhandlungen über das „Basler Gutachten“	918
2. Die Vertagung der geplanten Lausanner Konferenz	920
II. Die Auseinandersetzungen über die Abrüstungsfrage	921
1. Vorgefachte vor der Genfer Konferenz	921
2. Die Genfer Abrüstungs-Konferenz (2.-24. Februar 1932)	922
§ 60. <i>Hindenburgs Wiederwahl.</i>	925
I. Die Vorschläge zur zweiten Reichspräsidentenwahl	925
1. Die Kandidatur Hindenburgs	925

Inhaltsverzeichnis

2. Die Kandidatur Hitlers.	928
a) Die Beschaffung der Reichsangehörigkeit für Hitler.	928
b) Die Rechtswidrigkeit der „Schein-Ernennung“ Hitlers zum Staatsbeamten.	930
3. Die Deutschnationalen und die Sozialistischen Parteien vor der Kandidatenfrage.	930
II. Der Reichstag und die zweite Reichspräsidenten wähl.	932
III. Die beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl.....	934
1. Der erste Wahlgang (13. März 1932).....	934
2. Zwischen den Wahlgängen.	935
3. Hindenburgs Sieg im zweiten Wahlgang (10. April 1932).	937
§ 61. <i>Das SA-Verbot und die Preußenwahl.</i>	938
I. Die Maßnahmen zur Sicherung der Staatsautorität	938
1. Groeners Vorbereitungen für das SA-Verbot	938
2. Die Entscheidung für das SA-Verbot	941
3. Die Notverordnung zur Sicherung der Staatsautorität.	943
4. Hitlers Schein-Unterwerfung unter das SA-Verbot	945
II. Die obersten Reichsstellen nach dem SA-Verbot.	945
1. Hindenburgs Schreiben an Groener (15. April 1932).	945
2. Die Notverordnung über militärähnliche Verbände.	947
3. Die Notverordnung gegen die kommunistischen Freidenker- verbände.	948
III. Die preußischen Landtagswahlen (24. April 1932).	949
1. Der Kampf um die Macht in Preußen.	949
2. Brünings Bemühen um die Abwehr eines Machtwechsels in Preußen	951
3. Vorkehrungen des Landtags gegen einen künftigen Machtwechsel . .	952
4. Das Ergebnis und die Folgen der Preußenwahlen.....	954
5. Der Mißerfolg des Bemühens um die Regierungsbildung in Preußen.	955
§ 62. <i>Das Ende des Regimes Brüning.</i>	956
I. Die Abrüstungsverhandlungen (April/Mai 1932).	957
1. Die Genfer Beratungen und die Gespräche von Bessinge.	957
2. Die Berliner Krise und die Abrüstungsfrage.	959
3. „Hundert Meter vor dem Ziel“?.	960
II. Das Reichskabinett vor dem Reichstag	961
1. Die Debatte über die Wirtschafts- und Finanzpolitik.	961
2. Die Debatte über das SA-Verbot	962
3. Der Sitzungsabbruch vom 12. Mai 1932.	964
4. Groeners Rücktritt vom Amt des Reichswehrministers.	965
III. Der Streit um die Siedlung im Osthilfe-Gebiet	966
1. Der Entwurf der neuen Siedlungsverordnung	966

Inhaltsverzeichnis

2. Die Proteste gegen den Mißbrauch der Zwangsversteigerung als staatliches Mittel zur Landbeschaffung	968
3. Das Veto Hindenburgs gegen das Zwangsversteigerungs-Vorhaben	969
IV. Brünings Entlassung	971
1. Die Entscheidung des Reichspräsidenten über den Wechsel des Reichskabinetts (29./30. Mai 1932).	971
2. Die Ursachen des Kanzlersturzes	972
3. Hindenburgs Entscheidung für die „Wendung nach rechts“.	976

Kapitel XIII. Das Präsidialkabinett Papen im Juni-Juli 1932

§ 63. <i>Das Kabinett der „nationalen Konzentration“</i>	977
I. Die Berufung Papens zum Reichskanzler.	978
1. Papens Rolle in der nationalkonservativen Bewegung	978
2. Die Kanzlernachfolge und das neue Kabinett	980
II. Der Amtsantritt des Präsidialkabinetts Papen.	984
1. Die Auflösung des Reichstags.	984
2. Das Regierungsmanifest Papens und der „Parteienstaat“.	985
III. Das zweite Präsidialkabinett und die Parteien.	987
1. Papen und die NSDAP.	987
2. Papen und die bürgerliche Rechte.	988
3. Papen und die liberale Mitte.	989
4. Papen und die Zentrumspartei.	990
5. Papen und die Bayerische Volkspartei.	991
6. Papen und die Sozialdemokratie.	992
7. Papen und die Sozialrevolutionäre Linke.	993
§ 64. <i>Die Reparationsfrage und die Frage der inneren Sicherheit unter dem Präsidialkabinett Papen.</i>	994
I. Das Ende der Reparationen.	994
1. Die Konferenz von Lausanne (16. Juni - 9. Juli 1932).	994
2. Die Lausanner Verhandlungen.	995
3. Das Abkommen von Lausanne.	996
4. Das Schicksal des Lausanner Vertrags.	998
II. Papens Juni-Notverordnungen.	999
1. Die Verordnung über wirtschaftlich-finanzielle Notmaßnahmen	999
2. Die Notverordnung zur Abwehr politischer Ausschreitungen	1002
3. Die zweite Notverordnung gegen politische Ausschreitungen	1003

Inhaltsverzeichnis

§65. <i>Papens Bemühen um die Reichsverfassungsreform und um die Lösung der preußischen Frage</i>	1005
I. Reichskrise und Verfassungsreform	1006
1. Die Verfassungspläne des zweiten Präsidialkabinetts.	1006
2. Die Hauptfragen der Reformdiskussion.	1008
II. Die preußische Frage.	1009
1. Brünnings Plan eines Reichseingreifens in Preußen (Mai 1932).	1009
2. Die „latente Bürgerkriegslage“ in Preußen (Juni/Juli 1932).....	1012
§ 66. <i>Die Reichsintervention in Preußen</i>	1015
I. Die Vorbereitung der Reichsintervention.	1015
1. Das Ziel: die Vereinigung der Reichs- und preußischen Staatsgewalt.	1015
2. Die Beratungen des Reichskabinetts vom 12. Juni und vom 11.-13. Juli 1932.	1018
3. Die Entscheidungen des Reichspräsidenten und des Reichskabinetts (14. und 18. Juli 1932).	1020
4. Das Scheitern der preußischen Koalitionsverhandlungen.....	1021
5. Die militärischen Sicherungsmaßnahmen für den 20. Juli.	1022
6. Die süddeutschen Regierungen und die bevorstehende Reichsintervention.	1023
II. Die Maßnahmen des Reichspräsidenten in Preußen.	1025
1. Die Einsetzung des Reichskommissars für Preußen und die Amtsenthhebung von Braun und Severing.....	1025
2. Die Verhängung des militärischen Ausnahmezustands über Berlin und die Provinz Brandenburg.	1027
III. Die Einsetzung der preußischen Kommissariatsregierung.	1028
1. Die Amtsenthhebung des preußischen Rumpfkabinetts.	1029
2. Die Unterstellung der Berliner Polizei unter die Reichsgewalt	1030
3. Die Umbesetzungen in der preußischen inneren Verwaltung.	1031
IV. Der Verzicht der preußischen Kräfte auf Widerstand.	1034
1. Die Widerstandsfrage und die drohende Spaltung des preußischen Kabinetts.	1035
2. Das Stärkeverhältnis zwischen den beiderseitigen Einsatzkräften	1036
3. Widerstandsrecht, Generalstreik und Bürgerkrieg.	1036
§67. <i>Die deutsche Lage zwischen Reichsintervention und Juliwahlen</i>	1039
I. Das Reichskabinett im letzten Juli-Drittel 1932.	1039
1. Das Reichskabinett und die deutschen Länder.	1039
2. Das Reichskabinett und der Überwachungsausschuß des Reichstags	1040
II. Das Vorverfahren vor dem Reichsstaatsgerichtshof.	1042
1. Die Anträge auf eine einstweilige Verfügung gegen das Reich.	1042
2. Die ablehnende Entscheidung des Reichsstaatsgerichtshofs.	1043
III. Die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustands.	1044

Inhaltsverzeichnis

IV. Der Reichsrat und die Reichsintervention in Preußen1045
1. Die Stellung des Reichsrats unter dem Präsidentialregime.1045
2. Der Kampf um die preußischen Reichsratsstimmen1046
V. Die Wahlen zum Sechsten Reichstag.1048
1. Das Ergebnis der Juliwahlen1048
2. Die Entscheidung der Volksmehrheit gegen das parlamentarische wie gegen das präsidentiale Regime.1049

Kapitel XIV. Das Reichskabinett Papen von Ende Juli bis Anfang Dezember 1932

§ 68. <i>Das Regime Papen zwischen der Wahl und der Eröffnung des Sechsten Reichstags.</i>1052
I. Die Abwehr des politischen Terrorismus in der parlamentslosen Zeit . .	1052
1. Die Verschärfung der politischen Ausschreitungen im Juli-August 1932.1052
2. Die Verordnungen gegen politischen Terror, über die Einsetzung von Sondergerichten und über die Sicherung des inneren Friedens . .	1053
II. Fortdauer, Umbildung oder Preisgabe des Präsidentialregimes?.1055
1. Das Bemühen um die Regierungsteilnahme der NSDAP.1055
2. Das Reichskabinett und Hitlers Anspruch auf die Kanzlerschaft . . .	1056
3. Die Verfassungsfeier vom 11. August 1932 und das Verfassungspro- gramm des Reichskabinetts.1058
III. Der Bruch zwischen dem Präsidentialregime und der NSDAP.1060
1. Die Präliminarien für den Empfang Hitlers bei Hindenburg.1060
2. Das Scheitern der Kanzlerschaft Hitlers am Veto des Reichspräsi- denten.1062
3. Die innere Lage nach dem 13. August 1932.1063
IV. Der Mord von Potempa.1064
1. Der Fall Potempa und das Urteil des Sondergerichts Beuthen.1064
2. Hitlers Kampfaufruf gegen die Reichsregierung - ein Bruch mit dem Bekenntnis zur Legalität1065
V. Der Frontwechsel der NSDAP im Streit um die Rechtslage in Preußen .	1067
1. Die Reichsintervention-ein Hindernis für die „Machtergreifung“ . .	1067
2. Der Briefwechsel zwischen Kerrl und Papen über die preußische Lage.1068
VI. Die Wiederaufnahme der Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP im Reich und in Preußen.1070
1. Das „Junktum Reich-Preußen“ als Verhandlungsgrundlage.1070
2. Die Vorbesprechungen zwischen Zentrum und NSDAP.1071
3. Die Gespräche Brüning mit Gregor Straßer und Hitler.1072

Inhaltsverzeichnis

§ 69. <i>Papens Reform-Programm und der Staatsnotstands-Plan.</i>1073
I. Das Reform-Programm des Reichskanzlers.1073
1. Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Staatsreform.1073
2. Das Wirtschafts- und Sozialprogramm vom 28. August 1932.1074
II. Der Staatsnotstands-Plan Papen-Gayl-Schleicher.1076
1. Die Vorbereitungen auf den Staatsnotstand.1076
2. Legalität und Legitimität des Staatsnotstands.1078
3. Der Notstands-Beschluß von Neudeck.1079
§70. <i>Der Sechste Reichstag und die September-Verordnungen.</i>1081
I. Die Eröffnung und die Vertagung des Reichstags.1081
1. Die Eröffnungssitzung vom 30. August 1932.1081
2. Der Vertagungsbeschuß1083
II. Die weiteren Verhandlungen von Zentrum und NSDAP.1084
III. Papens September-Verordnungen.1086
1. Die Verordnung zur Belebung der Wirtschaft (4. September 1932)1087
2. Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeits- gelegenheit.1088
3. Die Gewerkschaften im Kampf um die Tarifautonomie.1088
§ 71. <i>Das Ende des Sechsten Reichstags.</i>1090
I. Das Scheitern der Koalition von Zentrum und NSDAP.1090
1. Der Plan eines Kabinetts Schleicher-Hitler-Stegerwald.1090
2. Das erfolglose Bündnisangebot von Goebbels an Schleicher.1091
II. Die Reichstagssitzung vom 12. September 1932.1092
1. Die Verhinderung der Regierungserklärung des Reichskanzlers1092
2. Die Unterbrechung der Sitzung1094
3. Die Reichstagsauflösung und das anschließende Mißtrauensvotum1095
III. Die Rechtsfragen des September-Konflikts.1097
1. Die Wortverweigerung gegenüber dem Reichskanzler.1097
2. Die Priorität der Reichstagsauflösung vor dem Mißtrauensvotum1098
3. Die Verfassungsmäßigkeit der Reichstagsauflösung.1099
§72. <i>Das Reichskabinett Papen und der September-Konflikt.</i>1101
I. Der Autoritätsverlust des Präsidialregimes.1101
II. Der Streit um die Rechtmäßigkeit der Reichstagsauflösung1101
1. Der Konflikt zwischen Reichskabinett und Reichstagspräsidium...1101
2. Die Verhandlungen vor dem Überwachungsausschuß.1104
3. Die dilatorische Überbrückung des Konflikts.1106

Inhaltsverzeichnis

III. Das Reichskabinett in der Defensive.	1106
1. Die Preisgabe des Aktionsprogramms vom 30. August	1106
2. Papens Verzicht auf die Reichsreform	1108
3. Papens Verzicht auf das Vorgehen gegen den Radikalismus.	1109
IV. Der preußische Landtag und der Überwachungsausschuß im fort- dauernden Kampf gegen das Reichskabinett	1110
1. Der September-Konflikt vor dem preußischen Landtag	1110
2. Der Überwachungsausschuß des Reichstags als Untersuchungs- ausschuß.	1111
V. Die Auseinandersetzungen um Papens Wirtschafts-, Sozial- und Ver- fassungsprogramm.	1112
1. Das Sanierungsprogramm für die Landwirtschaft: Autarkie oder weltwirtschaftliche Kooperation?.	1112
2. Die Streikbewegungen gegen die Lockerung des Tarifvertragsrechts	1114
3. Das Siedlungsprogramm des Reichskabinetts Papen	1115
4. Papens Münchner Reichsreform-Rede.	1116
VI. Das Reichskabinett Papen und die Abrüstungsfrage.	1119
§ 73. <i>Das „Preußen-Urteil“ des Reichsstaatsgerichtshofs und seine Wirkungen.</i>	1120
I. Der Prozeß „Preußen contra Reich“.	1120
1. Das Verfahren vor dem Reichsstaatsgerichtshof	1120
2. Die Kernfrage: Nicht-Justiziabilität oder Justiziabilität des Streits um das Reichseingreifen in Preußen?.	1122
3. Das Leipziger Urteil vom 25. Oktober 1932	1125
II. Die Wirkungen des Preußen-Urteils	1128
1. Die Teilung der preußischen Staatsgewalt	1128
2. Die Rückwendung Hindenburgs zur formalen Legalität	1129
III. Die Rechtslage Preußens nach dem Leipziger Urteil	1130
1. Die Forderungen des wiedereingesetzten preußischen Kabinetts . . .	1130
2. Der Reichskanzler-Erlaß vom 28. Oktober 1932.	1132
3. Die Anordnung des Reichspräsidenten vom 18. November 1932 . . .	1133
4. Die Machtverhältnisse in Preußen nach dem Leipziger Spruch	1135
§ 74. <i>Die Novemberwahlen 1932.</i>	1136
I. Die Wahlen zum Siebenten Weimarer Reichstag	1136
1. Die innere Lage während des Herbst-Wahlkampfes 1932	1136
2. Der Reichskanzler im Wahlkampf	1139
3. Das Ergebnis der Novemberwahlen.	1140
4. Das Wahlergebnis und der deutsche Verfassungsstaat	1141
II. Die Verhandlungen über die Kabinettsumbildung	1142
1. Parlamentarische oder präsidentiale Lösung der Kabinettsfrage? . . .	1142
2. Die Vorverhandlungen über die Lösung der Kabinettsfrage.	1143
3. Der Briefwechsel Papen-Hitler über die Besetzung des Kanzleramts	1145

Inhaltsverzeichnis

§ 75. <i>Das Ende des Reichskabinetts Papen</i>	1146
I. Die Herbstkrise des Präsidentialregimes	1147
1. Die Demission des Reichskabinetts Papen	1147
2. Die Besprechungen Hindenburgs mit den Führern der bürgerlichen Parteien über die Regierungsbeteiligung der NSDAP.	1147
3. Die beiden November-Gespräche Hindenburgs mit Hitler.	1149
4. Die „Präsidentialbedingungen“ für die Kabinettsbildung.	1151
5. Der Abbruch der Verhandlungen über ein Reichskabinett Hitler	1152
II. Von Papen zu Schleicher	1154
1. Papens zweiter Staatsnotstands-Plan.	1154
2. Die Reichswehr-Studie über die Lage im Aufruhrfall.	1156
3. Schleichers „Querfront-Konzeption“.	1158
4. Papens Scheitern und Schleichers Berufung	1160

Kapitel XV. Das Reichskabinett Schleicher

§ 76. <i>Der Reichskanzler, der Reichstag und die Parteien</i>	1162
I. Die Stellung des Reichskabinetts Schleicher.	1163
1. Die Änderungen in der Zusammensetzung des Reichskabinetts.	1163
2. Schleichers weiteres Bemühen um die Querfront-Konzeption	1165
II. Die Sitzungen des letzten Reichstags der Republik	1166
1. Die Eröffnung des Reichstags.	1166
2. Das Gesetz über die Stellvertretung des Reichspräsidenten.	1168
3. Die Außerkraftsetzungsanträge gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung.	1171
4. Die Verabschiedung des Straffreiheitsgesetzes.	1173
5. Die Vertagung des Reichstags.	1176
III. Die Dezemberkrise der NSDAP.	1177
1. Straßers Widerstand gegen den Kurs der „absoluten Opposition“	1177
2. Hitlers Sieg über die Straßer-Fronde.	1178
§ 77. <i>Das Dezember-Programm des Reichskabinetts</i>	1181
I. Das Regierungsprogramm Schleichers.	1181
1. Das Konzept des realpolitischen Pragmatismus.	1181
2. Die Programmrede Schleichers vom 15. Dezember 1932.	1181
II. Die Dezember-Verordnungen	1184
1. Die Aufhebung der Arbeitsbeschaffungs-Verordnung Papens	1184
2. Die Notverordnung über Arbeitsbeschaffung und Siedlung	1185
3. Die Notverordnungen zum Schütze der Wirtschaft	1185
4. Die „Winterhilfe“.	1186

Inhaltsverzeichnis

III. Der Schutz des Staats und des inneren Friedens	1187
1. Der Abbau des bisherigen Staatsschutzrechts.	1187
2. Das neue Versammlungs-, Vereins- und Presserecht	1188
3. Die Dezember-Vorschriften zum Schutz der Republik	1189
§ 78. <i>Die Verfassungslage im Reich und in Preußen beim Jahresende 1932.</i>	1190
I. Das Reichskabinett und der Reichstag nach der Vertagung.	1190
1. Der Haushaltsausschuß und der Auswärtige Ausschuß des Reichs- tags.	1190
2. Der Ältestenrat des Reichstags.	1191
II. Die Rechtslage in Preußen	1192
1. Die Verbindung Reich-Preußen nach dem Kabinettswechsel.	1192
2. Das Gespräch Schleicher-Braun vom 8. Dezember 1932	1193
3. Der Empfang von Göring und Kerrl durch den Reichspräsidenten . .	1194
4. Die Sitzungen des Landtags vom 14./15. Dezember 1932	1195
5. Das Protestschreiben Otto Brauns an Schleicher.	1197
§79. <i>Die Abrüstungsfrage auf der Genfer Fünf-Mächte-Konferenz</i>	1198
I. Die Genfer Fünf-Mächte-Vereinbarung über die militärische Gleich- berechtigung Deutschlands.	1198
II. Die Aufnahme der Rüstungs-Übereinkunft im Inland und Ausland . . .	1200
1. Die deutsche Auslegung der Genfer Abrüstungs-Vereinbarung . . .	1200
2. Die Kabinette Herriot und Paul-Boncour und das Genfer Abkommen	1200
3. Das Reichskabinett Schleicher und der französische Vorbehalt ge- genüber der Gleichberechtigung Deutschlands.	1201

Kapitel XVI. Das Ende der Weimarer Republik

§ 80. <i>Die Front gegen Schleicher.</i>	1205
I. Die Verständigung zwischen Papen und Hitler.	1205
1. Papens Herrenclub-Rede (16. Dezember 1932).	1205
2. Papens Aktion gegen den Reichskanzler.	1206
3. Das Kölner Treffen Papens mit Hitler.	1207
4. Das Bekanntwerden des Kölner Gesprächs.	1209
5. Papens Unterredungen mit Schleicher und Hindenburg und der Geheimauftrag des Reichspräsidenten an den früheren Reichs- kanzler.	1210

Inhaltsverzeichnis

II. Das Reichskabinett in der ersten Januarhälfte 1933.	1211
1. Das Wachsen des Widerstands gegen den Reichskanzler.	1211
2. Das Scheitern der Querfront-Konzeption.	1213
3. Gregor Straßers Wiederankunft in Deutschland.	1215
4. Das Januar-Gespräch Schleichers mit Otto Braun.	1217
§ 81. <i>Die beginnende Niederlage des Reichskabinetts.</i>	1219
I. Die Januarwahlen 1933 in Lippe.	1219
1. Die Bedeutung der Lippischen Wahlen.	1219
2. Das Ergebnis und die Bedeutung der Lippischen Wahlen.	1219
II. Die Entfremdung zwischen Hindenburg und Schleicher.	1221
1. Das Reichskabinett nach den Lippischen Wahlen.	1221
2. Die Opposition der Agrarverbände gegen den Reichskanzler.	1222
3. Die Vorstöße der DNVP und des Zentrums gegen den Reichskanzler und das Ende des Straßer-Plans.	1224
III. Die Rückkehr Schleichers zum Plan des Verfassungsnotstands.	1227
1. Die Lehre vom Verfassungsnotstand in der Reichskrise 1932/33	1227
2. Die Zustimmung des Reichskabinetts zum Staatsnotstands-Plan	1228
§ 82. <i>„Kanzlerkrise“ oder „Präsidentenkrise“?.</i>	1231
I. Die Wiederherstellung der Harzburger Front	1231
1. Das erste Treffen Hitlers mit Hugenberg.	1231
2. Das zweite Treffen Hitlers mit Papen.	1232
3. Die Verhandlungen zwischen der NSDAP und dem „Stahlhelm“	1232
II. Die wachsende Gefährdung des Reichskabinetts.	1234
1. Der „Osthilfe-Skandal“ vor dem Haushaltsausschuß des Reichstags. . . .	1234
2. Die Verhandlungen über Mehrheitsbildung und Reichstagsberufung	1236
3. Die Kampfansage der DNVP gegen Schleicher.	1237
4. Das dritte Treffen Papens mit Hitler (22. Januar 1933).	1238
III. Hindenburg unter der Drohung der „Präsidentenkrise“.	1240
1. Die Mittel zur Auslösung der Präsidentenkrise.	1240
2. Hindenburgs Bemühen um die Vermeidung der Präsidentenkrise*	1242
§ 83. <i>Sleichers Sturz</i>	1243
I. Hindenburgs erneute Verwerfung des Notstandsplans.	1243
1. Der Staatsnotstand - die „letzte Möglichkeit“ zur Rettung der Republik	1243
2. Die Ablehnung des Staatsnotstandsplans durch Hindenburg	1244
3. Die öffentliche Kritik an Schleichers Staatsnotstands-Plan.	1246
II. Die Vorentscheidungen vom 26. und 27. Januar 1933.	1248
1. Die Unterredung zwischen Hindenburg und Schleicher.	1248

Inhaltsverzeichnis

2. Das zweite Treffen Hitlers mit Hugenberg	1249
3. Die endgültige Einberufung des Reichstags auf den 31. Januar 1933	1250
III. Der Rücktritt des Reichskabinetts.	1251
1. Die Kabinettsitzung vom 28. Januar 1933.	1251
2. Schleichers Demission und das Ende des Präsidentialregimes.	1253
§ 84. <i>Der Untergang der Weimarer Republik</i>	1255
I. Die Bemühungen um die Neubildung des Reichskabinetts.	1255
1. Die Verhandlungen vom 28. Januar 1933.	1255
2. Die Verhandlungen vom 29. Januar 1933.	1256
II. Der angebliche Putschplan der Reichswehrführung.	1258
1. Das „Komplotz“ Schleicher-Hammerstein	1258
2. Die Offiziersbesprechung im Reichswehrministerium.	1259
III. Die Machtübergabe am 30. Januar 1933.	1261
1. Die Vorwegnahme der Ernennung und der Vereidigung des Reichswehrministers v. Blomberg.	1261
2. Die Kapitulation vor Hitlers ultimativer Forderung: Reichstagsauflösung und Neuwahlen!.....	1262
3. Die Ernennung des Reichskabinetts Hitler.	1263
IV. Die Selbstpreisgabe der Republik	1264
1. Die Ausantwortung der Macht an den Verfassungsfeind - ein Akt des Verfassungsbruchs.	1264
2. Der 30. Januar 1933 - der Endpunkt der Verfassungsgeschichte der Weimarer Zeit	1265
§ 85. <i>Die Verantwortung für den Untergang des deutschen Verfassungsstaats</i>	1266
I. Die Verantwortlichkeit der Sieger des Weltkriegs.	1267
II. Die Verantwortlichkeit der deutschen Parteien.	1268
1. Der verfassungsfeindliche Radikalismus.	1268
2. Die nationalkonservative Rechte.	1269
3. Die bürgerliche Mitte.	1271
4. Die beiden Flügel der Sozialdemokratie.	1272
III. Die Verantwortlichkeit der Regierungsorgane.	1275
1. Die Reichskanzler in der Endphase der Republik.	1275
2. Die Ratgeber des Reichspräsidenten.	1276
3. Der Reichspräsident als „Hüter der Verfassung“.	1278
IV. Das Selbstbestimmungsrecht und die Verfassungsverantwortung der Nation	1280